

Pressemitteilung



vom 11. Dezember 2007

Fraktion im Kreistag Neuss

Land muss Kommunen Ost-Hilfe zurückerstatten

Demmer: Entspannung für die Haushaltsberatungen möglich

Zur Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs NRW, dass das Land den Kommunen für das Jahr 2006 450 Millionen Euro zurück erstatten muss, erklärt Erhard Demmer, Fraktionsvorsitzender von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN im Kreistag:

„Es ist ausdrücklich zu begrüßen, dass das Land den Kommunen für das Jahr 2006 insgesamt 450 Millionen zurück erstatten muss“, sagt Demmer und fährt fort „Es war absehbar, dass der oberste Gerichtshof es nicht zulässt, dass die Kommunen wesentlich mehr als die bundesgesetzlich vorgegeben 40 Prozent des Landesbeitrages in den Solidarausgleich Ost einzahlen. Der Landesfinanzminister hat durch das Gericht ein überfälliges Stoppsignal für seinen Raubzug durch die kommunalen Kassen erhalten.“

Diese „schallende Ohrfeige für die Landesregierung“ komme zur rechten Zeit, denn, so Demmer, „die Kommunen brauchen wegen der kommunalen Schuldsituation jeden Euro, der ihnen zusteht.“ Nun müsse Finanzminister Linssen schnellstens darlegen, wie der geforderte Ausgleich für die Kommunen künftig sichergestellt wird.

„Wenn dies schnell geht und die den Kommunen zustehenden 450 Millionen Euro Anfang 2008 ausgezahlt werden, sehe ich auch eine entspanntere Gesamtsituation für die Haushaltsberatungen im Rhein-Kreis Neuss, die oft von dem künstlich hochgehaltenen Gegensatz Kreis – Kommunen geprägt sind“, stellt der Fraktionschef der Grünen heraus.